

Umwelterklärung 2015

des Bayerischen Staatsministeriums
für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV)



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
1 STANDORT, AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN DES MINISTERIUMS	4
2 UMWELTPOLITIK DES MINISTERIUMS IM SINNE VON EMAS	5
3 INDIREKTE UND DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN	6
3.1 AUSGEWÄHLTE THEMEN AUS DEM BEREICH DER INDIREKTEN UMWELTAUSWIRKUNGEN	7
3.1.1 Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie	7
3.1.2 Klimaschutz	8
3.1.3 Ressourcen-/ Rohstoffstrategie	9
3.1.4 Biodiversitätsstrategie	10
3.2 DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN	12
3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren	12

3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz	14
3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren	15
3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2013 zu 2014	24
3.2.5 Umweltbilanz 2014	25
3.2.6 Umweltprogramm (direkte Umweltauswirkungen) - UP 2015	26
4 DAS UMWELTMANAGEMENTSYSTEM (UMS) DES STMUV	27
4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS	27
4.2 Systemelemente des UmS	27
4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen	27
5 GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG	31
IMPRESSUM UND ANSPRECHPARTNER	32

Vorwort

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) kann inzwischen auf mehr als 18 Jahre praktische Erfahrung mit Umweltmanagementsystemen im eigenen Haus zurückblicken. Bereits 1996 hat das damalige Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) ein Umweltmanagementsystem analog zur EG-Öko-Audit-Verordnung von 1993 (EMAS I) aufgebaut und 1997 seine erste Umwelterklärung veröffentlicht.

Seit Mai 2004 ist das Bayerische Umweltministerium unter der Nr. DE-155-00237 im Register der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern als EMAS-zertifizierte Organisation eingetragen.

EMAS beinhaltet im Gegensatz zu ISO 14001 auch die Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung. Soweit dies den Bereich der indirekten Umweltauswirkungen, auf die unser Handeln als Umweltministerium primär ausgerichtet ist, betrifft, besteht auch in Zukunft ein großes Entwicklungspotential. Ausführlich ist dies im Umweltbericht Bayern dargestellt, der regelmäßig alle vier Jahre fortgeschrieben wird. Schwieriger ist es für den Bereich der direkten Umweltauswirkungen, die von unserem Verwaltungsbetrieb und Dienstgebäude unmittelbar verursacht werden, neue Ziele zu definieren, da wir bereits in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen durchgeführt haben, um unsere Umweltbilanz zu verbessern.

Wir hoffen, dass es uns wieder gelungen ist, anspruchsvolle Ziele und Maßnahmen für die kommenden drei Jahre in unser Umweltprogramm aufzunehmen und freuen uns über Ihr Interesse an unserer Umwelterklärung 2015.



Ulrike Scharf MdL
Staatsministerin

1 Standort, Aufgaben und Tätigkeiten des Ministeriums

Das StMUV hat seinen Standort in München am Rosenkavalierplatz 2. Das Dienstgebäude liegt in unmittelbarer Nähe zum „Mittleren Ring“ und ist über die U-Bahn Endhaltestelle, eine Straßenbahnhaltestelle und den Busbahnhof Arabellapark hervorragend an das öffentliche Nahverkehrssystem angebunden.

Lageplan des Gebäudes Rosenkavalierplatz: <http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/anfahrt/umgebung.htm>

Als oberste Landesbehörde ist das Ministerium im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit beim Erstellen von Gesetzesentwürfen sowie beim Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften beteiligt, arbeitet mit dem Bayerischen Landtag, dem Bundesrat, den Obersten Behörden des Bundes und der Länder sowie den EU-Institutionen zusammen, entwickelt Programme und Konzeptionen und stellt den Verwaltungsvollzug in seinem Aufgabenbereich sicher. Dem Ministerium fachlich zugeordnet sind folgende nachgeordnete Behörden:

- Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU),
 - Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
 - Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)
 - Nationalpark Bayerischer Wald und Nationalpark Berchtesgaden
 - 17 Wasserwirtschaftsämter
 - 7 Gewerbeaufsichtsämter (angegliedert an die Regierungen)
- sowie
- die fachlich entsprechenden Bereiche auf Ebene der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden.

Das Aufgaben- und Tätigkeitsfeld des StMUV umfasst folgende Bereiche, die auch organisatorisch abgebildet sind:

- Kommunikation und Nachhaltigkeit
- Verbraucherschutz und Gewerbeaufsicht
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
- Wasserwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Klimaschutz, technischer Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft
- Kernenergie, Strahlenschutz, Stilllegung

Darüber hinaus nehmen die Abteilungen „Politik und Recht, Internationale Zusammenarbeit“ sowie „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen“ abteilungsübergreifend Querschnittsaufgaben wahr.

2 Umweltpolitik des Ministeriums im Sinne von EMAS

Nach Art. 141 der Bayerischen Verfassung gehört zu den vorrangigen Aufgaben des Staates:

- „Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ...
- auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten,
- die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten ...,
- den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen...,
- die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten.“

Diese in der Bayerischen Verfassung formulierten Staatsziele sind Grundlage unserer bayerischen Umweltpolitik.

Umweltschutzpolitik hat sich in der Vergangenheit hauptsächlich auf Instrumente des hoheitlichen Verwaltungshandelns gestützt und dabei große Erfolge erzielt. Gleichwohl verblieben zahlreiche ungelöste Problemfelder, bei denen hoheitliche Instrumentarien nicht ausreichen, sondern andere Strategien erforderlich sind. So haben in den letzten Jahren Bildungsmaßnahmen und kooperative Ansätze, z.B. mit der Wirtschaft (produzierendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen einschließlich Tourismus) oder mit Nachbarstaaten an Bedeutung gewonnen.

Im Jahr 2015 feiert der Umweltpakt Bayern sein 20jähriges Jubiläum. Er hat mit seinen Grundwerten Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation zu engagierten Umwelleistungen von bayerischen Unternehmen geführt, die allein mit regulatorischen Vorgaben nicht zu erreichen wären. Durch intensive Zusammenarbeit in fachspezifischen Gremien und die Umsetzung gemeinsamer Projekte habe Staat und Wirtschaft das gemeinsame Grundverständnis von nachhaltigem Wirtschaften in Bayern entwickelt und vorangetrieben. Durch Unterzeichnung im Rahmen eines Staatsempfangs am 23.10.2015 wurde die Vereinbarung durch die Spitzenvertreter von Staat und Wirtschaft für die kommenden 5 Jahre fortgeführt und im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen neu ausgerichtet.

Die Umweltpolitik des StMUV im Sinne von EMAS wird durch folgende Kernelemente geprägt:

I. ZIEL

Wir verfolgen das Ziel einer **kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung der Umwelt**. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf die durch unsere Tätigkeit ausgelösten indirekten Umweltauswirkungen als auch auf die direkten Umweltauswirkungen infolge unseres Verwaltungsbetriebs. Dazu ermitteln und bewerten wir regelmäßig, welche Umweltauswirkungen von unseren Aktivitäten und unserem Standort ausgehen und leiten hieraus Ziele und Maßnahmen für ein Umweltprogramm ab.

II. EIGENVERANTWORTUNG

Umweltbewusstes und vorbildliches Handeln gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen **Beschäftigten**. Regelmäßige Aufklärung und Information sollen das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt fördern und für ein umweltbewusstes Handeln am Arbeitsplatz sensibilisieren. Das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen wird unterstützt.

III. UMWELTSCHUTZ BEI AUFTRÄGEN UND VERGABEN

Externe Vertragspartner werden in unsere Bemühungen um eine umweltfreundliche Verwaltung **mit eingebunden**. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen sowie Bauleistungen fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards nach Maßgabe der „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“. In Einzelfällen berücksichtigen wir darüber hinaus gehende ökologische Kriterien.

IV. INFORMATION FÜR ÖFFENTLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNG VON BEHÖRDEN

Der **Öffentlichkeit** stellen wir in vierjährigem Rhythmus – aktuell im Umweltbericht Bayern 2015 - und über [Umweltindikatoren](#) im Internet sowie in weiteren Publikationen **Informationen zur Entwicklung der Umwelt in Bayern**, die durch unsere Aktivitäten indirekt beeinflusst wird, zur Verfügung.

Über unser betriebliches Umweltverhalten (direkte Umweltauswirkungen) geben wir in Umwelterklärungen und jährlich aktualisierten Bilanzen Rechenschaft.

Andere Unternehmen und Behörden erhalten in Form von Leitfäden, Beratung und Förderung Hilfestellung bei der Implementierung von Umweltmanagementsystemen.

3 Indirekte und direkte Umweltauswirkungen

Unser „Unternehmenszweck“, das heißt die originäre Aufgabenstellung des Ministeriums, besteht darin, in den Bereichen Umwelt und Verbraucherschutz mit Hilfe von Rechts-, Planungs- und Förderentscheidungen dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen und zwar dadurch, dass Verbesserungen des Umweltzustands angestrebt und Umweltbelastungen verringert werden. Die Aktivitäten, Initiativen und Projekte des Ministeriums wirken auf die Umwelt vorwiegend durch das Agieren von Dritten (Personen und Institutionen) ein, verursachen somit indirekt Umweltauswirkungen. Neben diesen indirekten Umweltauswirkungen haben der Dienstbetrieb, das Dienstgebäude und die Dienstreisen der Beschäftigten aber auch direkt Einfluss auf die Umwelt, indem verschiedene Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Wasser, Produkte verbraucht und Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm erzeugt werden.

Auch wenn unsere indirekten Umweltauswirkungen wegen unseres speziellen Unternehmenszwecks bedeutender als die direkten sind, beschreiben wir in unseren Umwelterklärungen und jährlichen Aktualisierungen hauptsächlich nur den Bereich der direkten Umweltauswirkungen. Grund hierfür ist, dass die Strategiesteuerung, wie bei vielen anderen Organisationen auch, außerhalb von EMAS über den Planungsstab und die Fachabteilungen

erfolgt. Die indirekten Umweltauswirkungen werden ausführlich im Umweltbericht Bayern und den jährlich aktualisierten Umweltindikatoren dargestellt. Da es sich um längerfristig angelegte Strategien und Programme handelt, beschränken wir uns im Rahmen der EMAS-Umwelterklärung darauf, alle drei Jahre einige aktuelle Schwerpunktthemen aus dem Bereich der indirekten Umweltauswirkungen zu skizzieren.

3.1 Ausgewählte Themen aus dem Bereich der indirekten Umweltauswirkungen

Als Beispiele für aktuelle Aufgabenschwerpunkte wollen wir folgende Themen nachstehend etwas näher behandeln:

- "Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie"
- „Klimaschutz“
- „Ressourcen-/ Rohstoffstrategie“
- „Biodiversitätsstrategie“

3.1.1 Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie

Eine nachhaltige Entwicklung, die neben den ökologischen Grundlagen auch den Erhalt der ökonomischen und sozialen Grundlagen und die Chancen für heutige und künftige Generationen sichert, zählt zu den zentralen Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Die bayerische Staatsregierung hat daher das Nachhaltigkeitsprinzip als Leitbild und langfristigen Orientierungsrahmen für ihre Politik formuliert.

Dazu hat der Bayerische Ministerrat am 17. April 2013 die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, die erstmals von allen Ressorts gemeinsam erarbeitet wurde. Eine Interministerielle Arbeitsgruppe hatte hierbei unter Leitung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz zehn zentrale Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung in Bayern analysiert. Diese orientieren sich nicht an den Ressortzuständigkeiten, sondern an thematischen Schwerpunkten, die überwiegend mehrere Ressorts gleichzeitig berühren. Für jedes Handlungsfeld wurden Herausforderungen, Ziele bis 2020, konkrete Maßnahmen und Lösungsansätze definiert und skizziert. Die zehn Handlungsfelder umfassen die Themen:

- Klimawandel,
- Zukunftsfähige Energie,
- Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen,
- Nachhaltige Mobilität,
- Sozialer Zusammenhalt,
- Bildung und Forschung,
- Nachhaltige Wirtschaft und nachhaltiger Konsum,
- Gesundheit und Ernährung,
- Staat und Verwaltung,
- Nachhaltige Finanzpolitik.

Im Auftrag des Ministerrats wurde auch die Öffentlichkeit in die Diskussion über eine Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden. Bürger waren ebenso wie Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft eingeladen, über eine Dialogplattform im Internet eigene Bewertungen, Vorschläge und Anregungen einzubringen. Im Rahmen eines über 2 Monate laufenden Dialogverfahrens zwischen Dezember 2011 und Anfang Februar 2012 wurden rund 2.000 Beiträge abgegeben. Nach Auswertung und Diskussion der Dialogergebnisse erarbeitete die Interministerielle Arbeitsgruppe die endgültige Fassung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie, die am 17. April 2013 vom Ministerrat verabschiedet wurde.

Als zentrale Informations- und Kommunikationsplattform zur Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde die ressortübergreifende Internetseite www.nachhaltigkeit.bayern.de vom StMUV eingerichtet. Neben der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie werden hier ausgewählte konkrete Maßnahmen und Projekte der Ressorts zur Umsetzung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie anschaulich präsentiert.

3.1.2 Klimaschutz

Klimaschutz ist auch im Kontext der Energiewende ein vorrangiger und eigenständiger Politikbereich. Klimaschutzmaßnahmen dienen der Energiewende. Der beschleunigte Umbau unserer Stromversorgung ohne Kernenergie erfordert verstärkte Anstrengungen zur Energie- und CO₂-Einsparung, z. B. Gebäudesanierung. Nur so sind die gesteckten und im Energiekonzept bekräftigten CO₂-Ziele zu erreichen.

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, z. B. Waldumbau und Hochwasserschutz, sowie klimabezogene Umweltforschung bleiben nach wie vor erforderlich. Diese sind bereits im Klimaprogramm 2020 (Klimaschutz 2020 www.stmuv.bayern.de/umwelt/klimaschutz/klimaschutzpolitik/) für die Bereiche Wasserwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Alpen, Bodenschutz und Georisiken, Industrie und Handel und Gesundheit detailliert dargestellt worden. Der Klimawandel hat heute schon Auswirkungen mit erheblicher – positiver wie negativer – Bedeutung für langfristige Geschäftsstrategien und unternehmerische Entscheidungen. Betroffen sind zum Beispiel Unternehmen aus den Branchen Verkehr, Energie und Tourismus, Handel, Baugewerbe und produzierende Wirtschaft. Mit Strategien und Techniken für einen besseren Umgang mit den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels können sich die betroffenen Unternehmen auf zukünftige Risiken besser vorbereiten. Diese Klima-Anpassungsprozesse leisten Vorsorge, vermindern Verletzbarkeit von Umwelt und Gesellschaft und können zum Motor eines nachhaltigen Wirtschaftens werden. Klimaschutz setzt damit wichtige Investitionssignale für Innovation und technologischen Fortschritt.

Das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 beruht auf den drei Säulen,

- die Treibhausgasemissionen weiter zu reduzieren,
- die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels voranzutreiben und
- durch Forschung eine fundierte Datenbasis für weitergehende strategische Entscheidungen zu erarbeiten.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind für das Programm 170 Mio. Euro veranschlagt. Schwerpunkte sind u. a. die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, Energieeffizienz, Hochwasserschutz, Waldumbau und Moorrena-

turierung. Bayern will seiner Führungsrolle bei der Energiewende auch beim Einsatz öffentlicher Mittel gerecht werden. Langfristig soll auch geprüft werden, wie die Staatsverwaltung klimaneutral gemacht werden kann.

3.1.3 Ressourcen-/ Rohstoffstrategie

Bayern soll gemäß der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Modell für die Symbiose von Ökologie und Ökonomie werden: intelligentes Wachstum und ökologische Innovationen sollen zusammengeführt werden. Ressourceneffizienz und eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise sind damit wichtige umweltpolitische Handlungsfelder.

Bayern ist im Hinblick auf die Rohstoffproduktivität und die Abfallverwertung auf einem guten Weg in Richtung Kreislaufwirtschaft: In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Rohstoffproduktivität um rund 70 % erhöht. Seit 1990 hat sich die Abfallverwertungsquote von rund 30 % auf rd. 66 % gesteigert. Trotz dieser beachtlichen Erfolge müssen der Rohstoffeinsatz noch effizienter gestaltet und die Ressourcenschonung intensiviert werden, denn ökologische und soziale Schäden werden zunehmend ins Ausland verlagert, die Recyclingquote wird immer noch nach dem Input und nicht nach dem tatsächlichen Output bemessen und der Einsatz von Sekundärrohstoffen ist immer noch zu gering. Hinzu kommt, dass die Folgen einer nicht nachhaltigen Ressourcenwirtschaft sich derzeit am Beispiel der Mikroplastikdebatte zeigen: nachhaltige Produktgestaltung und end-of-pipe Umweltschutz Maßnahmen sind gefragt.

Ziel ist, die Vernetzung und Bündelung von Wissen und Akteuren der Ressourcenwirtschaft in Bayern zu fördern. Wissen, Erfahrungen und Finanzierungsmöglichkeiten für einen nachhaltigen Umgang von Ressourcen beispielsweise über Effizienzsteigerungen sollen in Zukunft noch effektiver eingesetzt und koordiniert werden. Denkbar sind beispielsweise branchenspezifische Allianzen oder ein „Ressourceneffizienz-Zentrum“ als koordinative Einrichtung. Ziel sind insbesondere der Transfer des Wissens über Potenziale und Erfolge zur Ressourceneffizienz in die betriebliche Praxis sowie die Motivation und Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Der Projektverbund "Ressourcenstrategie für Bayern unter besonderer Berücksichtigung von Sekundärrohstoffen (ForCycle)" entwickelt einen wissenschaftlichen Beitrag für eine Bayerische Ressourcenstrategie. Dieser soll eine effiziente Bereitstellung und Nutzung von Ressourcen, insbesondere von Sekundärrohstoffen, aufzeigen. In 9 Forschungsprojekten werden darüber hinaus innovative Recyclingverfahren und -technologien entwickelt, um die Kreislaufwirtschaft in Bayern zu fördern. Die Durchführung der Projekte erfolgt in enger Zusammenarbeit mit bayerischen Wirtschaftsunternehmen, wodurch der Wissenstransfer von Forschung in die Anwendung vereinfacht wird. Inhaltliche Schwerpunkte sind kritische Metalle und Wertmetalle, Komposite und Verbundwerkstoffe, biogene Wertstoffe und Verfahren sowie Baustoffe.

3.1.4 Biodiversitätsstrategie

Die Erhaltung und wo erforderlich Wiederherstellung der biologischen Vielfalt in Bayern ist ein weiteres Schwerpunktthema des StMUV. Dazu hat 2008 der Bayerische Ministerrat die "Bayerische Biodiversitätsstrategie" beschlossen. Um deren Umsetzung einen neuen Impuls zu geben, hat die Staatsregierung im Juli 2014 das ressortübergreifende Programm "Natur-Vielfalt Bayern – Biodiversitätsprogramm Bayern 2030" aufgelegt. Darin sind über 180 Maßnahmen aufgeführt, die erforderlich sind, um die in der Strategie gesetzten Ziele mittelfristig zu erreichen. Sie verteilen sich auf die vier Handlungsschwerpunkte der Strategie:

- Schutz der Arten- und Sortenvielfalt,
- Erhalt der Vielfalt der Lebensräume,
- Verbesserung des Biotopverbunds sowie
- Erleben und Erforschen der biologischen Vielfalt.

Bei gefährdeten Arten können gezielte Hilfsmaßnahmen die Bestände sichern. Für weit verbreitete Arten sind gute Lebensbedingungen in der Kulturlandschaft entscheidend. Deshalb sind für den Erhalt der bayerischen Biodiversität Artenhilfsprogramme und Schutzgebiete genauso wichtig wie die generelle Förderung wildlebender Tiere, Pflanzen und Pilze von den naturnahen Lebensräumen bis in den Siedlungsbereich. Die Durchlässigkeit der Landschaft ist für Tiere und Pflanzen wichtig, damit Artgenossen zueinander finden, sich fortpflanzen und ausbreiten können. Die vorhandenen Lebensräume sollen deshalb vernetzt und funktional miteinander verbunden sein, was vor allem mit Projekten des „BayernNetzNatur“ erreicht wird. Schutzgebiete sind Knotenpunkte dieses Biotopverbunds.

Die Themenfelder, auf denen die Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie durch weiterführende Maßnahmen flankiert werden muss, sind Grundlagenerhebungen, Bildung, Forschung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Die Veranstaltungen von „BayernTourNatur“ tragen wesentlich dazu bei, Bayerns Biodiversität für ein breites Publikum zugänglich und erlebbar zu machen.

Die Verzahnung der verschiedenen Umweltaspekte und die ausgeprägte Synergie von wichtigen Maßnahmen zeigt beispielsweise das Klimaprogramm Bayern (KLIP 2050) im Bereich „Anpassung an den Klimawandel“ insbesondere bei der Renaturierung von 50 Mooren bis 2020:

- Klima: Entwässerte und intensiv genutzte Moore sind die größte Einzelquelle für Treibhausgase außerhalb des Energiesektors in Deutschland. Die Reduktion der Emissionen aus entwässerten Moorböden ist angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel eine besondere Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Schon jetzt erreichen wir mit unseren Maßnahmen für die Moorrenaturierung in Bayern einen positiven Klimaeffekt von 45.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten.
- Biodiversität: Die Maßnahmen dienen dem Erhalt und der Stabilisierung von Lebensräumen erheblich gefährdeter und spezialisierter Tier- und Pflanzenarten. Beispiele sind der Rundblättrige Sonnentau (*Drosera rotundifolia*) - eine fleischfressende Pflanze - und die Arktische Smaragdlibelle (*Somatochlora arctica*).
- Wasser: Durch wissenschaftliche Studien ist belegt, dass aus entwässerten und kultivierten Hochmoorböden die Niederschläge nach Starkregenereignissen jeweils mit ausgeprägter Hochwasserspitze ab-

fließen (SCHMEIDL, H. SCHUCH, M. & R. WANKE 1970: Wasserhaushalt und Klima einer kultivierten und unberührten Hochmoorfläche am Alpenrand).

- Boden: Durch Wiedervernässung kann Erosion und Sackung organischer Böden verhindert werden; bei intensiver Bewirtschaftung entsteht durch den Torfschwund in Beckenlage das Folgeproblem der fehlenden Vorflut.

3.2 Direkte Umweltauswirkungen

Unser Dienstbetrieb, die Nutzung und Bewirtschaftung des Dienstgebäudes, der tägliche Weg der Beschäftigten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte sowie deren Dienst- und Fortbildungsreisen haben direkten Einfluss auf die Umwelt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Verbrauch an Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Treibstoffe, Wasser, Material für Produkte aber auch Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm. Die Verpflichtung zur kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung bedeutet, dass wir bestrebt sind, unseren Ressourcenverbrauch und Emissionen einzuschränken. An Hand ausgewählter „Konten“ verfolgen und veröffentlichen wir die Entwicklung unserer Verbräuche. Mit Hilfe von Rahmendaten, die als Bezugsgröße dienen, können zu den Verbrauchs- und Emissionsdaten Kennzahlen bzw. Kernindikatoren gebildet werden.

3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren

Gebäude- und Grundstückszahlen (Nutzflächen am Standort)

Das Dienstgebäude wurde 1967/68 in Stahlbetonskelettbauweise im Stadtteil Bogenhausen am Rosenkavalierplatz 2 in München errichtet. Neben dem Gebäude wurde 1984 eine unterirdische Mehrzweckanlage gebaut, die dem Ministerium als Tiefgarage zur Verfügung steht. Im Untergeschoss des Ministeriums befindet sich eine verpachtete Betriebskantine, die auch von Externen besucht wird.

Grundstücke und Bauten	Bestand 31.12.2014	Einheit m ²	Anteile %
Grundstücksfläche		13.205	
	Dienstgebäude m²	Tiefgarage m²	Summe (DG+TG) m²
Bruttogrundfläche (BGF)	34764	8067	
Konstruktionsfläche (KGF)	3205	813	
Nettogrundfläche (NGF)	31.559	7.254	38.813
Verkehrerschließung und -sicherung (VF)	7.516	6.128	
Technische Funktionsflächen (TF)	1.703	501	
Nutzfläche (NF)	22.338	625	
	Dienstgebäude m³	Tiefgarage m³	Summe (DG+TG) m³
Bruttorauminhalt (BRI)	124.113	25.326	149.439

Personen- bzw. Mitarbeiterzahlen

Da in unserem Dienstgebäude auch Personen anderer Institutionen (Städtischer Kindergarten, Bayerischer Naturschutzfonds und temporär auch andere Ministerien/Behörden) untergebracht sind und einzelne Verbrauchszahlen von diesen Personen mit beeinflusst werden (z. B. Wasser- und Stromverbrauch), andere Verbräuche dagegen nicht (z. B. Treibstoffverbrauch für Dienstreisen), erfassen wir sowohl die Personen- als auch die Mitarbeiterzahl an unserem Standort.

Mitarbeiter und Personen am Standort Rosenkavalierplatz:

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Mitarbeiter (MA) des Ministeriums *	523	520	510	513	501	606	710	692	674	653	634	620	628	619	667**	546***
Personen am Standort insgesamt *	731	691	681	689	664	714	758	739	722	704	675	658	662	648	696	602

*Teilzeitbeschäftigte sind mit dem Faktor 0,5 eingerechnet. Die Jahreswerte sind gemittelt aus Personalstand am Jahresanfang und Jahresende.

** Summe der Beschäftigten des StMUV und des StMGP (Bereich G) im Dienstgebäude Rosenkavalierplatz

*** im August 2014 Auszug des StMGP-Personals

*Teilzeitbeschäftigte sind mit dem Faktor 0,5 eingerechnet. Die Jahreswerte sind gemittelt aus Personalstand am Jahresanfang und Jahresende.

Der starke Anstieg der Mitarbeiterzahlen in den Jahren 2004 und 2005 war auf das Zusammenführen des ehemaligen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz zurückzuführen. Im Jahr 2013 fand abermals eine Erhöhung der Mitarbeiter- und Personenzahlen statt. Grund hierfür war die Umressortierung nach der Landtagswahl 2013. Dies hatte zur Folge, dass 2013 zusätzliches Personal aus dem Bereich Verbraucherschutz ins Dienstgebäude kam. 2014 zog das Personal des Gesundheits- und Pflegeministeriums in ein eigenes Dienstgebäude, sodass die Zahlen wieder deutlich zurückgingen.

3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz

Umweltchronik	
1970	Freistaat Bayern gründet erstes Umweltministerium
1972	Umstellung des gesamten Papiereinsatzes auf Recyclingpapier
1986/87	Begrünung des unterkellerten Innenhofes mit einheimischen Pflanzen der Fröttmaninger Heide
1988	Untersuchung des Beschaffungswesens und der Behördenführung nach Umweltgesichtspunkten durch den Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M)
1990	Einführung der Abfalltrennung im Dienstgebäude
1991	Ausbau der Abfalltrennung in der Kantine, Abschaffung von Getränkedosen, Einwegflaschen und anderen Einwegverpackungen
1991/92	Einbau einer energiesparenden Klimaanlage im Rechenzentrum, Austausch energieintensiver Kompressorsysteme gegen energiesparende FCKW-freie Wärmetauschersysteme mit Grundwasserkühlung
1993	Installation einer Solaranlage an der Südfassade
1993/94	Einbau energiesparender Vorschaltgeräte und Leuchtstoffröhren, Beseitigung der PCB-haltigen Komponenten
1995/96	Sanierung der Abwassergrundleitungen; vollständige Versickerung des Regenwassers
1996/97	Durchführung eines Öko-Audits nach den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93
1996/99	Einführung der Bürokommunikation mit elektronischer Vernetzung der Arbeitsplätze
1997	Veröffentlichung der Umwelterklärung 1997
1998	Beginn des Einbaus eines Lichtmanagementsystems
1999	Einführung der Gebäudeleittechnik
1999	Austausch der Heizkörperventile
1999	Auszug des Landesamtes für Umweltschutz
1999	Verstärkte Verwendung und Zubereitung von Frischwaren statt Fertigwaren in der Kantine
2000	Sanierung der Sanitäranlagen (Ostflügel) mit Austausch der Wasser- und Abwasserleitungen
2000	Umbau der ehemaligen Laborräume des LfU zu Büroräumen
2000	Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2000“ (UmS zertifiziert nach ISO 14001)
2001	Beginn der Sanierungsarbeiten am Hausdach und der Hausfassade
2002	Sanierung der Flurbodenbeläge (Ersatz der Teppiche und PVC-Beläge durch Naturkautschukbeläge)
2002	Inbetriebnahme der neuen Solaranlage an der Fassade und auf dem Hausdach
2003	Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an der Hausfassade sowie des Umbaus von Besprechungssälen und Pforte
2003	Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2003“
2004	Ersteintragung in das EMAS-Register unter DE-155-00237
2005	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Hauptaufzüge im Eingangsbereich Südost
2006	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Aufzüge im Nordost-Flügel
2006	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2006“
2007	Austausch der letzten Bildröhren-Bildschirme durch TFT-Flachbildschirme mit deutlich geringerem Verbrauch
2008	Umstellung des gesamten Strombezugs auf CO ₂ -freien „M-Natur-Strom“
2009	Vorarbeiten zur energetischen Sanierung der Innenhoffassade
2009	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2009“
2010	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der Aufzüge West-Flügel
2010	Energetische Sanierung der Innenhoffassade (Außendämmung und dreifachverglasten Fenstern)
2011	Erneuerung der Treppenhausbeleuchtung (Energiesparlampen mit hoher Lichtausbeute)
2012	Reduktion der Brunnenlaufzeit zur Stromersparung
2012	Auszug der Server des Rechenzentrums mit Rückbau der zusätzlichen Klimatisierungseinheiten
2012	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der „Umwelterklärung 2012“
2013	Ersatz der mechanischen Druckmaschinen durch digitale Druck- und Vervielfältigungsanlagen; Rückbau des Reprrolabors
2013	Errichtung einer neuen Elektrotankstelle am Dienstgebäude
2014	Beschaffung eines Elektro-PKW für den Fahr- und Botendienst

3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren

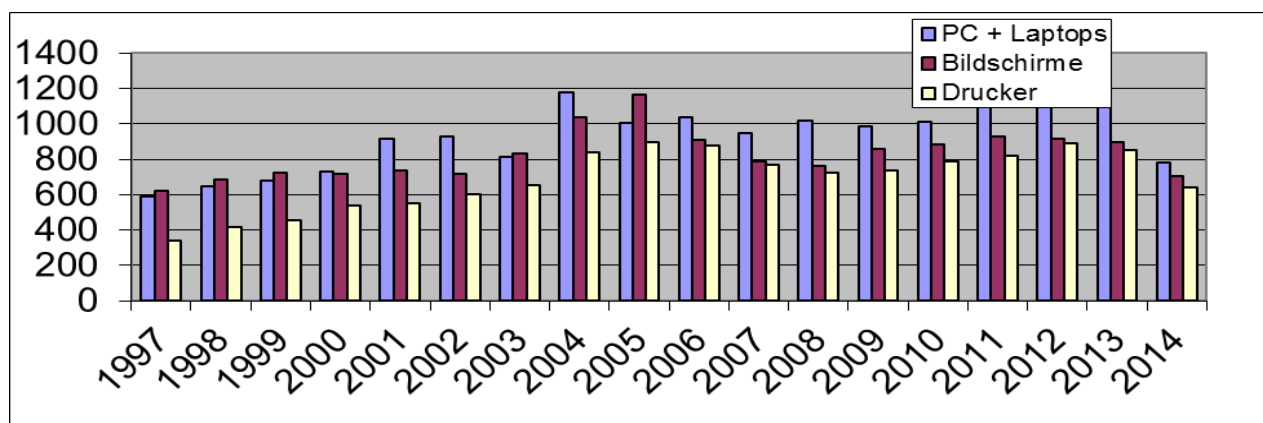
Technische Anlagen und Maschinen, EDV-Anlagen und Fuhrpark

Von den zahlreichen technischen Anlagen, die wir statistisch erfassen, veröffentlichen wir nur noch die Zahlen von unseren EDV-Anlagen sowie unserem Fuhrpark, da die Summenzahlen von den übrigen technischen Anlagen einen geringen Aussagewert bezüglich Umweltrelevanz haben.

Technische Anlagen und Maschinen	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Einheit	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
DV-Anlagen	3.078	3.117	2.862	2.558	2.559	2.634	2.742	2.922	2.981	2.927	2.181
Fuhrpark	13	11	11	11	13	13	13	13	13	13	9

EDV-Anlagen

Die EDV-Anlagen in den Büros, die standardmäßig aus einem PC mit Bildschirm und Arbeitsplatzdrucker bestehen, stellen zahlenmäßig die bedeutendste Größe unter den technischen Anlagen dar. Bei Austauschzyklen von rund 4 Jahren und dem in Summe hohen Stromverbrauch besitzen diese Anlagen eine hohe Umweltrelevanz.



Die sprunghafte Zunahme bei den Bildschirmen, PC und Druckern im Jahr 2004 war durch die Zusammenführung der beiden Ministerien StMGEV und StMLU bedingt, die Abnahme im Jahr 2014 durch die Abgabe der EDV-Geräte an das nunmehr eigenständige Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium (StMGP). Bei einzelnen Gerätschaften bilden sich zeitweise Überhänge, da auszusondernde Geräte zwischengelagert werden müssen.

Fuhrpark

Unser Fuhrpark besteht aus angemieteten Fahrzeugen. Die Laufzeit der Mietverträge beträgt i.d.R. nur ein Jahr, sodass die Fahrzeuge über neue energieeffiziente Motoren verfügen. Ein Fahrzeug, das 2014 vorwiegend für den innerstädtischen Fahr- und Botendienst beschafft wurde, besitzt einen reinen Elektroantrieb. Es handelt sich um ein marktgängiges Modell, das im Alltagsgebrauch an der Elektrotankstelle beim Dienstgebäude aufgeladen wird. Zudem nimmt das Ministerium immer wieder an Versuchen zur Erprobung neuer Antriebstechnolo-

gien oder Kraftstoffe Teil, so dass phasenweise befristet zusätzliche PKW neben der regulären Dienstwagenflotte zur Verfügung stehen. 2015 wird beispielsweise ein zusätzliches Fahrzeug mit Hybridantrieb für den Selbstfahrbetrieb eingesetzt werden, um die besonderen Vorzüge des kombinierten Elektroantriebs im städtischen Bereich im Praxisalltag zu testen.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Büromöbel

Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungsgegenständen erfassen wir nur noch den Möbelbestand, da andere Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände von untergeordneter Umweltrelevanz sind. Die Bedeutung des Möbelbestands ergibt sich aus dem Ressourcenverbrauch, der für die Herstellung, die Zulieferung, den Abtransport und die Entsorgung erforderlich ist, aus z.B. Lösemittlemissionen und weiteren Gesichtspunkten wie Arbeitsschutz, Arbeitsergonomie und nicht zuletzt wegen des Finanz- und Raumbedarfs.

Betriebs- und Geschäftsausstattung	Bestand 2005	Bestand 2006	Bestand 2007	Bestand 2008	Bestand 2009	Bestand 2010	Bestand 2011	Bestand 2012	Bestand 2013	Bestand 2014
Einheit	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Möbel	12.433	12.574	12.692	12.864	12.930	12.930	12.999	13.243	13.162	13.151

Büropapier

Verwaltungshandeln nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfordert, dass alle wesentlichen Schritte des Verwaltungshandelns lückenlos und nachvollziehbar dokumentiert werden. Hierzu ist es erforderlich, dass alle maßgebenden Informationen in Schriftform oder anderweitig archivierbarer Form in Akten festgehalten, geordnet abgelegt und gegen unzulässige Veränderungen geschützt werden. In der „klassischen“ Arbeitsweise erfolgen die Dokumentation wie auch der Geschäftsgang weitgehend in Papierform. Dies hat einen enormen Verbrauch an Büropapier zur Folge.

Büropapier-Verbrauch	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2013	2014
Einheit	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg
Kopierpapier	35.858	35.409	34.009	31.226	33.952	39.627	40.554	40.378	35.837	38.167	36.025	25.754	22.967
Druckpapier	16.332	17.755	6.500	5.924	8.403	9.263	6.320	7.074	5.504	9.434	8.979	6.317	16.638
Umschläge	1.290	1.485	939	882	1.253	650	1034	1.249	1.169	861	560	569	613
Sonstiges	5.442	7.561	3.695	6.011	5.008	5.413	4.100	3.891	3.534	3.685	2.619	1.898	1.467
Gesamt	58.922	62.210	45.143	44.043	48.616	54.953	52.008	52.591	46.044	52.147	48.183	34.538	41.685

Unser Umweltziel war und ist den Papierverbrauch zu senken und vorwiegend Recyclingpapier als Büropapier einzusetzen. Während wir früher durch Vorgabe des doppelseitigen Druckens und doppelseitigen Kopierens sowie Appelle gegen das Ausdrucken von E-Mails versuchten den Papierverbrauch zu senken, setzen wir nunmehr auf die Einsparung durch die elektronische Akte, den elektronischen Geschäftsgang und den elektronischen Versand. Am Ziel eines möglichst hohen Recyclingpapieranteils halten wir weiter fest.

Als Standardbüropapier kommt bei uns Recyclingpapier zum Einsatz, das zu 100% aus Altpapier besteht, den „Blauen Engel“ trägt, überwiegend von einem EMAS-zertifizierten Unternehmen stammt und sich durch beste Gebrauchseigenschaften (Weißheitsgrad, keine Störungen bei Druckern und Kopierern) sowie Haltbarkeit auszeichnet. Der Anteil dieses Recyclingpapiers an unserem Büropapierverbrauch lag 2014 deutlich über 97 %. Wir wollen versuchen, diese hohe Quote weiterhin zu halten, und haben dazu entsprechende Maßnahmen in unser Umweltprogramm 2015 aufgenommen.

Den Büropapierverbrauch wollen wir auf unter 30 Tonnen jährlich senken.

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen in gedruckter Form tragen nach wie vor am stärksten zu unserem Papierverbrauch bei.

Veröffentlichungen	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
in Tonnen	163	81	85	79	79	83	78	82	101	83	103	110	96	100	74	76	69

Der Papierverbrauch für Veröffentlichungen, die außer Hause gedruckt werden, ist weiterhin hoch. Wir versuchen, den Papierverbrauch für Veröffentlichungen dadurch zu begrenzen, dass die meisten Publikationen auch oder ausschließlich in elektronischer Form zum Herunterladen im Internet zur Verfügung gestellt werden. Bei der Festlegung der Auflagenstärke erfolgt eine Beratung durch unser Referat Öffentlichkeitsarbeit. Teilweise kann Papier auch durch kleinere Papierformate und dünneres Papier gespart werden. Unser Ziel ist, dass wir dauerhaft die 85-Tonnen-Grenze unterschreiten.

Büroartikel

Seit 2003 erfassen wir im Konto Büroartikel nur noch Daten für Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner), Toner, Datenträger und Kopierfolien.

Büroartikel - Verbrauch	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner)	15.269	12.779	16.638	23.239	16.755	22.423	18.628	15.656	15.885	11.111	8.711
Toner und Tintenkartuschen	1.698	989	1.444	1.246	1.265	1.095	1.239	1.156	1.014	1.313	651
Datenträger	1.305	1.090	994	1.407	1.249	1.448	1.335	663	924	399	211
Kopierfolien	7.165	7.165	2.370	2.730	1.522	698	580	450	0	30	30

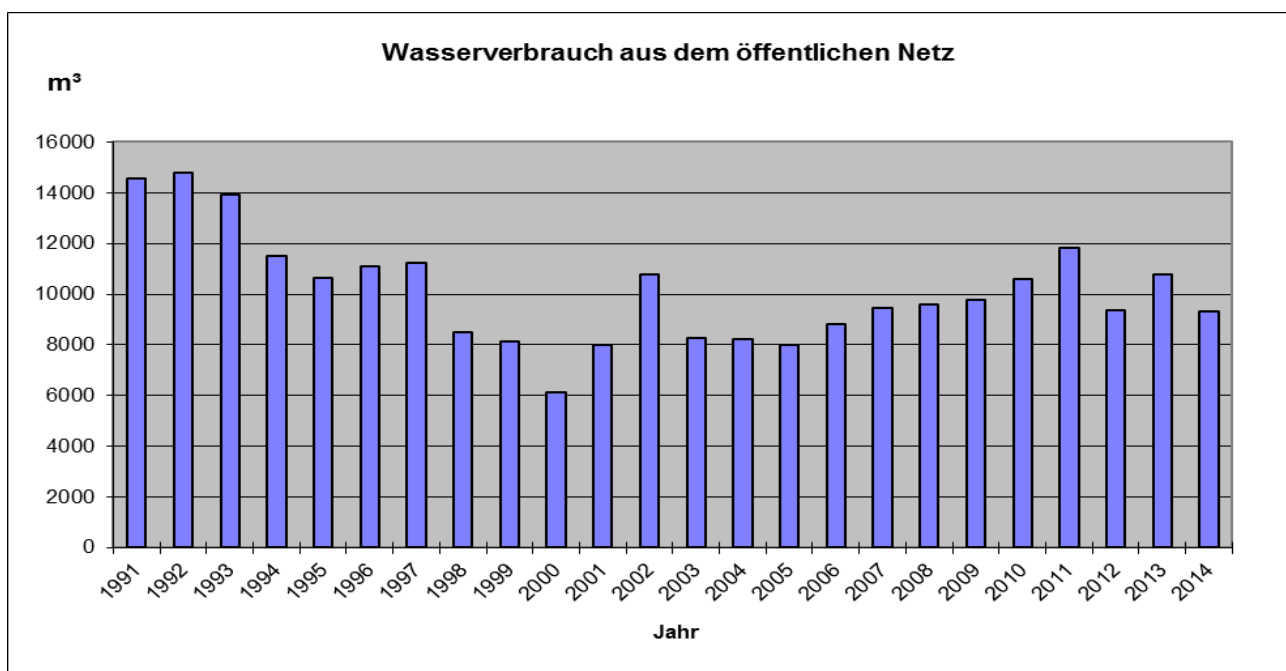
Die Entwicklung des Verbrauchs an Büroartikeln zeigt wie ursprünglich häufig verwendete Büromaterialien (z.B. Kopierfolien für Vorträge an Tageslichtprojektoren) durch elektronische Medien (Datenträger) verdrängt wurden. Wir hoffen, dass aber auch bei den elektronisch bedingten Verbrauchsmaterialien (insbesondere Tonerverbrauch) allmählich ein Rückgang korrespondierend zu den Papiereinsparbemühungen eintreten wird.

Betriebsstoffe

Nach Umstellung der Hausdruckerei auf rein digitale Vervielfältigung und Abbau der mechanischen Druckmaschinen sowie Auflassung des Replolabors kommen im Umweltministerium nur noch wenige Gefahrstoffe vergleichsweise denen in regulären Haushalten zum Einsatz. Die Stoffe werden in geringen Mengen in der Haus-technik und der Hausreinigung verwendet. Der Verbrauch bei den Reinigungsmitteln wird erfasst, doch verzichten wir auf Veröffentlichung der Mengen, da sich wegen unterschiedlicher Zubereitung und Konzentration eine Summendarstellung in Litern verbietet.

Veröffentlicht werden nur noch der nur Treibstoff- und Dieserverbrauch der Dienst-Pkw und für unser Notstromaggregat im Konto Energie.

Wasser



Der Wasserverbrauch aus dem öffentlichen Netz schwankt. Versuche, die Ursache einzelner Verbrauchsspitzen oder Entwicklungen zu klären, sind meist gescheitert. Auch bei Bezug des Gesamtverbrauchs auf die Anzahl der Personen im Hause zeigen sich Schwankungen, die nicht hinreichend plausibel erklärbar sind. Der Wasserverbrauch wird nicht nur durch die Nutzung der Sanitäranlagen und Teeküchen, sondern auch durch Bewässerung von Pflanzenanlagen und temporär durch Baumaßnahmen beeinflusst. Zum bislang geringsten Jahresverbrauch im Jahr 2000 ist anzumerken, dass in diesem Jahr wechselweise im Ost- und Westflügel die Sanitäranlagen wegen Sanierung halbjährlich komplett gesperrt waren.

Ziel ist es den Wasserbrauch dauerhaft auf unter 10.000 m³ pro Jahr zu begrenzen. Da im Bereich der Sanitäranlagen keine Änderungen vorgesehen sind, soll untersucht werden, ob der Wasserverbrauch bei der Pflanzenbewässerung reduziert werden kann.

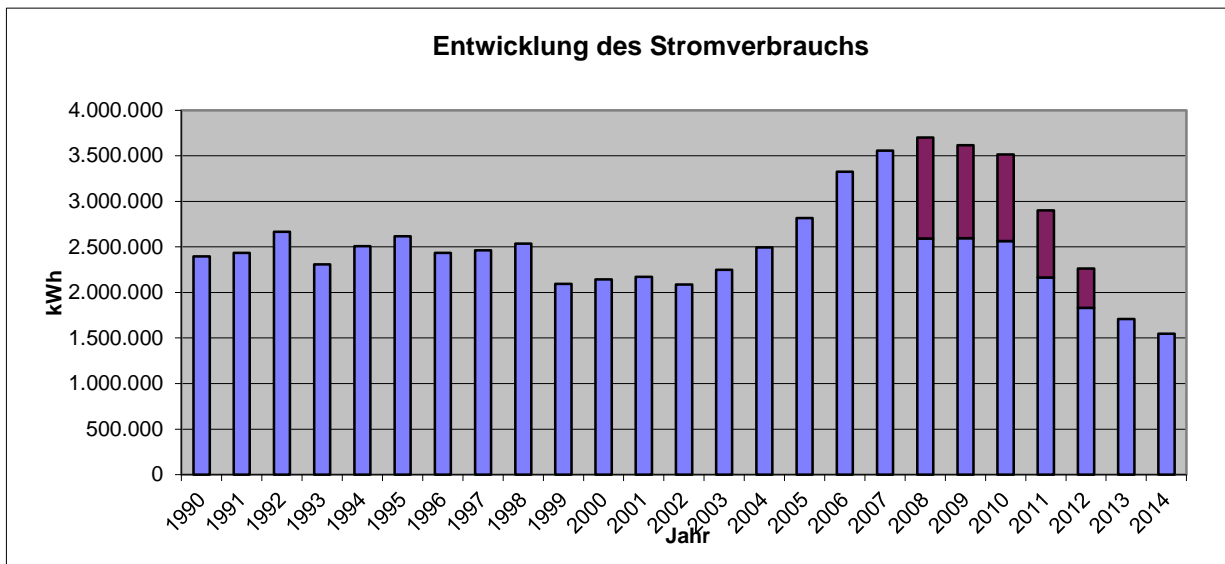
Energie

In unserer Energiebilanz erfassen wir die Energieverbräuche für das Dienstgebäude sowie für die Dienstfahrzeuge. Die Verbräuche der anderen Verkehrsträger (Bahn, Flugzeug und Privat-PKW), die bei Dienst- und Fortbildungsreisen genutzt werden, werden in der Energiebilanz nicht erfasst, sondern fließen lediglich rechnerisch aus den abgerechneten Personen-Kilometern in der CO₂-Bilanz mit ein.

Energie	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	KWh	KWh	KWh	KWh	KWh	KWh	KWh	KWh
Strom	3.510.920	3.640.840	3.569.040	3.459.720	2.827.420	2.203.700	1.646.632	1.494.132
Fernwärme	2.643.970	2.638.570	2.847.360	2.922.110	2.450.250	2.438.340	2.701.960	2.152.800
Sonnenenergie	46.467	59.223	48.038	55.188	72.319	60.072	62.005	54.479
Zwischensumme	6.201.357	6.338.633	6.464.438	6.437.018	5.349.989	4.702.112	4.410.597	3.701.411
	Liter	Liter	Liter	Liter	Liter	Liter	Liter	Liter
Diesel f. Notstrom	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1300	1300
Diesel/Benzin	41.297	45.846	65.161	61.162	57.739	51.818	49.883	27.863

Vorstehende Tabelle zeigt die Verbrauchsdaten in absoluten Zahlen. Die Entwicklung der einzelnen Teilbereiche wird nachstehend mit Diagrammen gesondert erläutert.

Strom



Ab 2004 war nach einer Stagnation des Stromverbrauchs ein starker Anstieg zu beobachten. Dieser Anstieg war zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass seit 2004 in unserem Dienstgebäude ressortfremde Server aufgestellt wurden, die vom Rechenzentrum Süd (RZ Süd) betrieben wurden. Ihre Anzahl und damit der Stromverbrauch nahmen bis 2008 stetig zu. Durch Installation von Zwischenzählern konnten wir ab 2008 den Stromverbrauch des RZ separat erfassen und haben dies auch grafisch im obigen Diagramm dargestellt (aubergine-

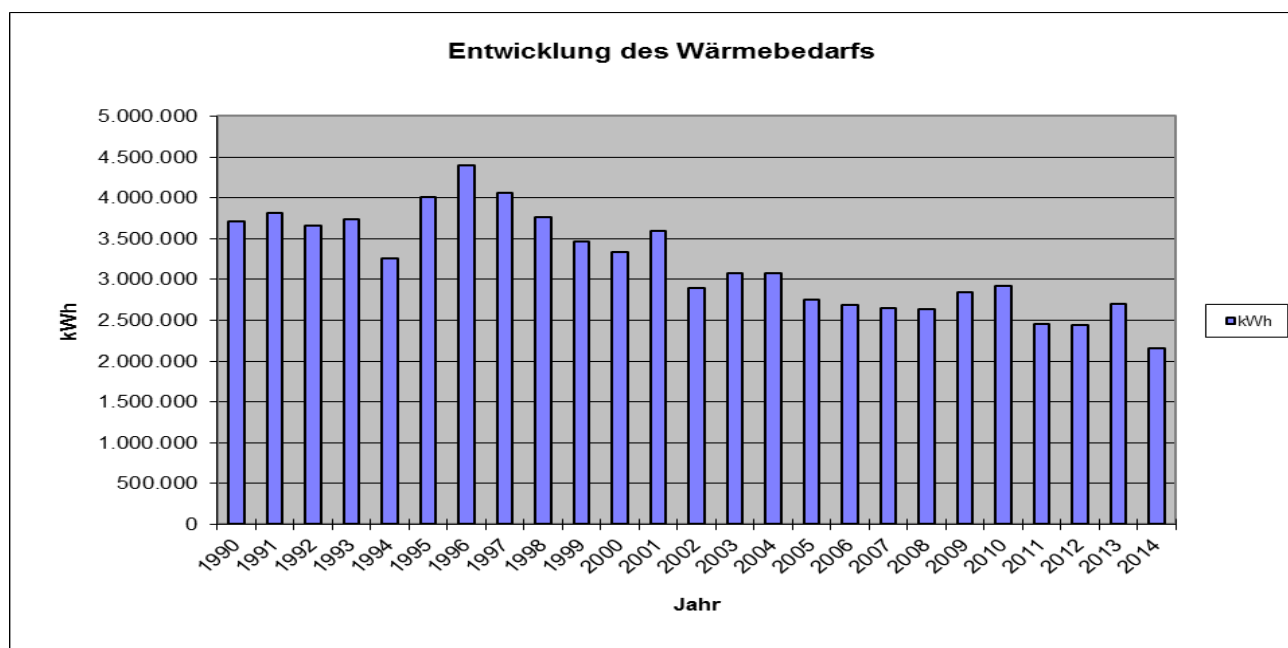
farbene Balkenabschnitte). Mit Umzug des RZ Süd in ein eigenes Dienstgebäude wurden die Server in unserem Dienstgebäude bis Ende 2012 Zug um Zug abgebaut. Wie die Verbrauchsgrafik zeigt, ist dementsprechend auch der Stromverbrauch zurückgegangen. Grund dafür, dass nach komplettem Auszug der RZ Süd-Rechner der Stromverbrauch niedriger als zu Beginn des Einzugs war, ist, dass das zuvor vom LfU für den Geschäftsbereich betriebene Rechenzentrum im RZ Süd aufgegangen ist und damit auch anteilige Anlagen (Server, Klimaanlage und USV) rückgebaut werden konnten. Das Ziel „Unterschreitung von 2.500 MWh/a Stromentnahme aus dem öffentlichen Netz“ wurde erreicht.

Als neue Zielmarke für das UP 2015 haben wir die Unterschreitung von 1.800 MWh/a festgelegt.

Fernwärme zur Beheizung des Dienstgebäudes

Das Dienstgebäude wird über Fernwärme beheizt, die im nahe gelegenen Müllheizkraftwerk München-Nord erzeugt wird.

Nach der energetischen Sanierung der Innenhoffassade konnten in den Heizungsabrechnungsperioden 2011 und 2012 erstmalig Heizenergiejahresverbräuche von unter 2.500 MWh/a (Ziel im Umweltprogramm 2009) erzielt werden. 2013 stieg der Verbrauch leider wieder auf 2.702 MWh/a an. Dieser Wert war aber einer außerordentlich langen Kälteperiode Anfang bis Mitte 2013 geschuldet.



Die dargestellten Verbrauchswerte sind nicht witterungsbereinigt, sondern entsprechen den echten Verbrauchswerten. Ohne investive Sanierungsmaßnahmen z. B. an der Außenfassade dürften vorerst keine größeren Einsparungen möglich sein. Wir planen aber Wärmeverluste durch Ausgabe von Zugluftstoppeln zu reduzieren und gleichzeitig den Komfort für die Beschäftigten zu erhöhen. Dadurch hoffen wir, dass wir dauerhaft 2.400 MWh/a an Heizenergiebedarf unterschreiten können.

Treibstoffverbrauch der Dienst-Pkw

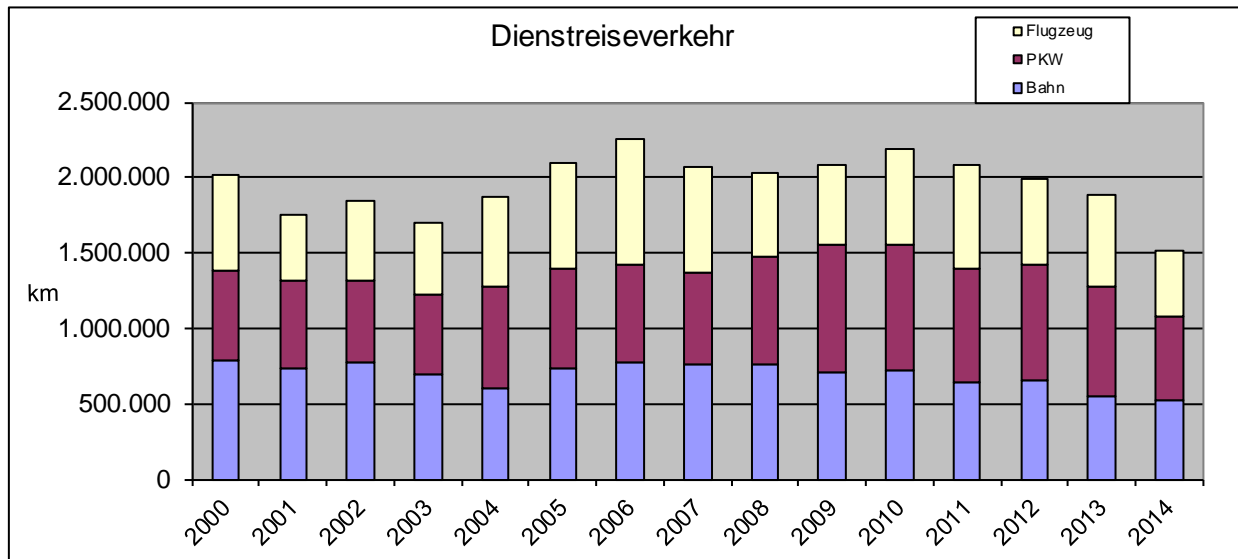
Der Gesamttreibstoffverbrauch für unsere Dienstfahrzeuge (s. Tabelle „Energie“) ist gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen. Der Treibstoffverbrauch hängt im Wesentlichen von der gefahrenen Kilometerleistung ab, die nur eingeschränkt beeinflusst werden kann. (s. u. Abschnitt „Verkehr“). Erfreulicher Weise geht aber der Durchschnittsverbrauch unserer Kraftfahrflotte - in Liter Kraftstoffverbrauch pro 100 km - zurück und lag 2014 mit 8,4 l/100km deutlich unterhalb der im Umweltprogramm 2012 verankerten 10 l/100km-Grenze.

Abfälle

Da das Abfallkommen stark von Umzügen und Aktenaussonderungsaktionen abhängt, verzichten wir weiterhin auf das Festlegen von Zielgrößen.

Abfälle	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Abfälle zur Verwertung	in t	in t	in t	in t	in t	in t	in t	in t
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle								
Papier	61,7	62,7	61,8	61,3	54,7	47,6	46	44,14
Glas	4,7	5,7	6,6	8,7	5,1	6	8,1	6
Holz, Metall, Kunststoffe	6	5,8	6	5,5	5,5	5,4	5,7	2,7
Nicht mehr gebrauchsfähige Büromöbel und EDV-Geräte	4,2	3,4	5,4	4,2	4,4	4,3	3,5	4,9
Gefährliche Abfälle								
Leuchtstofflampen	1500 Stück		1400 Stück				1200 Stück	1700 StK
Silberhaltige photographische Rückstände	0	0	0	0	0	0	0	0
Bio-Abfälle								
Speiseabfälle	22,2	19,7	23	25,6	27	32,8	33,2	32,04
Fettabscheider	60	60	60	60	60	60	60	60
Abfälle zur Beseitigung								
Restmüll (hausmüllähnlich)	29,5	36,2	31,4	31,7	34,1	24,4	19	22,96
nicht verwertbare Sonderabfälle	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	188,3	193,5	195,6	197	190,8	180,5	175,5	172,7

Verkehr

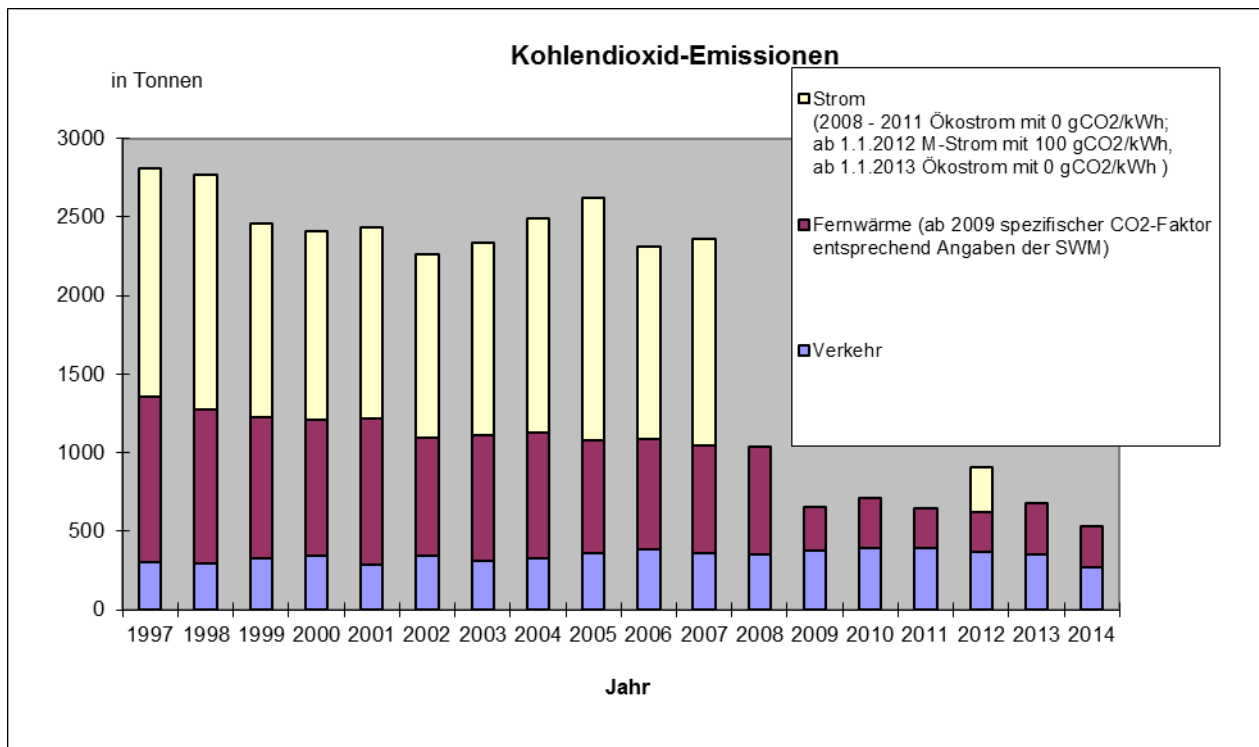


Das Dienstreiseverkehrsaufkommen unterliegt deutlichen Schwankungen. Da das Dienstreiseaufkommen von zahlreichen Faktoren abhängig ist, die nicht über EMAS gesteuert werden können (z. B. temporäre Schwerpunktaufgaben mit dem Erfordernis von Ortspräsenz), enthalten unsere Umweltprogramme keine quantifizierten Aussagen zu den Dienstreisen.

Positiv zu vermerken ist, dass durch den Einsatz von Videokonferenzen Dienstreisen vermieden werden. So konnten 2014 durch 46 Videokonferenzen 18.100 Personenkilometer eingespart werden. 2013 waren die Zahlen mit 56 Videokonferenzen und 24.900 eingesparten Personenkilometern sogar noch höher. Dies kommt nicht nur der Umwelt, sondern auch den Besprechungsteilnehmern zu Gute, da sie Reisezeit einsparen.

Kohlendioxid-Emissionen

Die Kohlendioxid-Emissionen errechnen wir mit spezifischen Faktoren: Beim Verkehr aus den Personenkilometern (Kontrollrechnung z.T. über Kraftstoffverbrauch), bei der Fernwärme und beim Strom aus den abgerechneten Kilowattstunden mit den Faktoren der Versorger.



Gut sichtbar ist, dass der Stromverbrauch bis 2007 am stärksten zu unseren CO₂-Emissionen beitrug. Da wir von 2008 bis Ende 2011 von den Stadtwerken München „M-Natur-Strom“ bezogen, der ausschließlich aus Wasserkraft erzeugt wird und damit - gemäß Angaben der Stadtwerke - keine CO₂-Emissionen verursacht, entfielen von 2008 bis 2011 die durch Stromverbrauch verursachten CO₂-Emissionen. Im Jahr 2012 hatten wir einen neuen Strombezugsvertrag, bei dem CO₂-Emissionen bis zu 100 g CO₂/kWh zulässig waren. Für das Jahr 2013 wurde uns wieder vom Stromversorger ein Wert von Null kg CO₂/kWh mitgeteilt.

Der sprunghafte Rückgang der Kohlendioxidwerte bei der Fernwärme von 2008 zu 2009 basiert nicht auf einer tatsächlichen Einsparung, sondern ist darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung bis einschließlich 2008 in Ermanglung genauerer Werte ein spezifischer Wert aus der Literatur in Höhe von 260 g CO₂/kWh angesetzt und 2009 erstmalig ein von den Stadtwerken genauer ermittelter Wert in Höhe von 96 g CO₂/kWh (2010: 108, 2011: 105 g CO₂/kWh) verwendet wurde. Nicht enthalten sind in unseren CO₂-Werten die Emissionen, die sich aus Herstellung Transport und Entsorgung der verschiedenen im Ministerium verbrauchten Waren (insbesondere Papier) ergeben, sowie die Emissionen aus den mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadtgebiet durchgeführten Dienstfahrten, dem Pendler-, Besucher- und Lieferantenverkehr und dem täglichen Arbeitsweg der Beschäftigten zur Dienststelle. Die Abschätzung dieser Größen würde einen sehr hohen Aufwand verursachen, gleichzeitig wären die geschätzten Werte jedoch sehr ungenau und mit einem großen Unsicherheitsfaktor belastet.

3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2013 zu 2014

Neben den absoluten Zahlenwerten geben wir für ausgewählte Bereiche ergänzend relative Werte an, die sich auf Flächeneinheiten oder Personen/Beschäftigtenanzahl beziehen und damit als Kenngrößen bzw. Kernindikatoren zum Vergleich mit anderen Organisationen herangezogen werden können.

Kennzahlen und Kernindikatoren	2013 - absolut	2013 – relativ 696 Pers, 667 MA 38.813 m ² NGF (mit Tiefgarage) 31.559 m ² NGF (ohne. Tiefgarage)	2014 - absolut	2014 – relativ 602 Pers, 546 MA 38.813 m ² NGF (mit Tiefgarage) 31.559 m ² NGF (ohne. Tiefgarage)
Elektroenergieverbrauch	1.708 MWh	2.454 kWh/Pers	1.549 MWh	2.573 kWh/Pers
Heizenergieverbrauch (TG nicht beheizt)	2.702 MWh	85,6 kWh/m ²	2.153 MWh	68,2 kWh/m ²
Wasserverbrauch aus dem Trinkwassernetz	10.759 m ³	62 l pro Pers d*	9.319 m ³	62 l pro Pers d*
Papierverbrauch gesamt (incl. extern gedruckter Veröffentlichungen)	111 t	166 kg/MA	111 t	203 kg/MA
Anteil Recyclingpapier (100% Altpapier)		96,3 %		99,6 %
Kopier- und Druckpapierverbrauch (ohne extern gedruckte Veröffentlichungen)	34.538 kg	51,8 kg/MA	41.685 kg	76,3 kg/MA
Abfallaufkommen gesamt	175,5 t	252 kg/Pers.	172,7 t	287 kg/Pers.
Abfallarten in %				
Papier		26 %		26 %
Bio-Abfälle (Speisereste und Fettabscheider)		53 %		53 %
Restmüll		11 %		13 %
Sonstige Wertstoffe		10 %		8 %
Gefährliche Abfälle		0 %		0 %
Geschäftsverkehr (DR)	1.886.316 km	2.828 km/MA	1.518.720 km	2.782 km/MA
Verkehrsträger bei DR in %				
Bahn		29 %		35 %
Flugzeug		33 %		29 %
PKW		38 %		36 %
Durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch der Dienst-Pkw-Flotte		9,28 l/100km		8,39 l/100km
CO ₂ -Emissionen aus Strom- und Fernwär- meerzeugung sowie Dienstreiseverkehr	681 t CO ₂	1,02 t CO ₂ /MA	535 t CO ₂	0,98 t CO ₂ /MA
Das Dienstgebäude nutzten 2014 neben dem Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, das Ministerium für Gesundheit und Pflege, der Bayerische Naturschutzfonds, ein städtischer Kindergarten und eine Kantine. Pers = Personen im Dienstgebäude, MA = Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Ministerien * bei 250 Arbeitstagen				

Der Anteil der Energie aus regenerativen Energiequellen lag 2014 beim Gesamtverbrauch von Strom und Wärme bei 41,8 %.

3.2.5 Umweltbilanz 2014

Umweltbilanz - Übersicht 2014									
Einheit	Bestand 31.12.2013	Input 2014	Nr.	Input Kontenbezeichnung	Output 2014	Nr.	Output Kontenbezeichnung	Bestand 31.12.2014	Einheit
			1.	Anlagegüter		1.	Anlagegüter		
m ²	13.205	0	1.1	Grundstücke und Bauten	0	1.1	Grundstücke und Bauten	13.205	m ²
Stück	222	1	1.2	Gebäudeanlagen	7	1.2	Gebäudeanlagen	216	Stück
			1.3	Technische Anlagen und Maschinen		1.3	Technische Anlagen und Maschinen		
Stück	2.927	172	1.3.1	DV-Anlagen	918	1.3.1	DV-Anlagen	2.181	Stück
Stück	3.161	50	1.3.2	Büromaschinen, Telekommunikation	93	1.3.2	Büromaschinen, Telekommunikation	2930	Stück
Stück	261	0	1.3.3	sonstige technische Einrichtungen	1	1.3.3	sonstige technische Einrichtungen	260	Stück
Stück	13	9	1.3.4	Fuhrpark	13	1.3.4	Fuhrpark	9	Stück
			1.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Stück	13.162	158	1.4.1	Möbel	169	1.4.1	Möbel	13.151	Stück
			2.	Umlaufgüter		2.	Umlaufgüter		
			2.1	Papier		2.1	Papier		
t	8,3	47,4	2.1.1	Büropapier, techn. Papiere	41,7	2.1.1		14	t
			3.	Wasser		3.	Abwasser		
m ³		9.319	3.1	Trinkwasser	9.319	3.1	Abwasser		m ³
m ³		505.196	3.2	Kühlwasser	505.196	3.2	Kühlwasserversickerung		m ³
			4.	Energie		4.	Abwärme		
kWh		1.549.320	4.1	Strom*					
kWh		2.152.800	4.2	Fernwärme					
l		27.863	4.4	Treibstoffe (Benzin/Diesel)					
kWh		54.479	4.5	Sonnenenergie					
					172,7	5.	Abfälle (Reststoffe) gesamt		t

*Inklusiv Strom aus eigener Solaranlage

3.2.6 Umweltprogramm (direkte Umweltauswirkungen) - UP 2015

Zur Verbesserung der direkten Umweltauswirkungen aus unserem Verwaltungsbetrieb nehmen wir uns nachstehendes Umweltprogramm für die kommenden drei Jahre vor.

Nr.	Ziele	Maßnahmen z. B.	Termin	verantwortlich
1	Reduktion des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Stromnetz auf unter 1.800 MWh/a	Reduktion der Lüftungsanlage in der digitalen Druck- und Vervielfältigungsstelle, im Papierlager und den Küchenebenenräumen	2015/2016	Z2
		Es wird geprüft, ob flächendeckend oder zumindest in größerem Umfang anstelle von Fat Clients (aktuelle Desktop-PCs) energiesparende Thin Clients eingesetzt werden können.	2016	Z6
2	Begrenzung des Wärme-/Heizenergiebedarfs für das Dienstgebäude auf unter 2.400 MWh/a	Anschaffung und Ausgabe von Zugluftstopperrn	ab 2015	Z2
3	Begrenzung des Treibstoffverbrauchs und der CO ₂ -Emissionen beim Fuhrpark Begrenzung des Durchschnittsverbrauchs der PKW-Flotte auf unter 8,5 l/100 km	Miete von Fahrzeugen mit geringem Treibstoffverbrauch und geringem CO ₂ -Ausstoß	laufend	Z2
		Vierteljährliche Erfassung des Durchschnittsverbrauchs der Fahrzeuge; bei Überschreitung des Durchschnittsverbrauchs des Vorjahres Gegenmaßnahmen treffen (z.B. gesonderte Fahrerschulung)	laufend	Z2 mit Fahrern
		Einsatz eines Elektrofahrzeugs für Boten- und Kurierfahrten	Seit 2014	Z2
		Einsatz eines Elektro-Hybrid-Fahrzeuges für Selbstfahrer	2015/2016	Z2
4	Begrenzung der CO ₂ -Emissionen bei Dienstreisen und beim Weg zur Arbeitsstätte	Grundsätzlich keine Stadtfahrten mit Dienst-PKW (mit Verbrennungsmotoren) zu Zielen mit ÖPNV-Anschluss; intensiviert Nutzung der Dienstfahrräder	Laufend	Z2
		Verstärkte Nutzung von Videokonferenzen anstatt von Dienstreisen		alle Beschäftigten und Dienstreisegenehmiger
		Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei der Wahl der Dienstreisemittel		alle Beschäftigten
		Bereitstellung einer Fußluftpumpe bei der Pforte zum allgemeinen Gebrauch mit entsprechenden Hinweisschildern an den Fahrradständern	2015	Z2
5	Senkung des Papierverbrauchs für Büro Zwecke auf unter 30 t/a	Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Akte und des elektronischen Geschäftsgangs	laufend	alle Beschäftigten
		Intensivierung des elektronischen Versands	regelmäßig	Abteilungsassistenzen und alle Beschäftigten
		Verzicht des Komplettausdrucks von umfangreichen Anlagen	regelmäßig	alle Beschäftigten
6	Begrenzung des Papierverbrauchs für Publikationen auf unter 85 t/a	Beratung bei der Festlegung der Auflagenstärke von Veröffentlichungen sowie statistische Erfassung der Mengen mit Abschätzung der Mengenentwicklung bei Druckaufträgen	laufend	12
		Beobachtung der Bestellmengen auch unterjährig mit Warnmeldung und Gegensteuern vor Erreichen einer zielgefährdenden Menge	regelmäßig	12
7	Halten des Anteils des Recyclingpapiers auf über 97 %	Weitgehende Verwendung von Recyclingpapier, das zu 100% aus Altpapier hergestellt wird, auch bei Farbausdrucken und Farbkopien	laufend	alle Beschäftigten
8	Reduktion des Wasserverbrauchs aus dem öffentlichen Trinkwassernetz auf unter 10.000 m ³ /a	Reduktion des Trinkwasserverbrauchs für Bewässerungszwecke; Einbau einer Wasseruhr (Flügelradzähler). Einbau von 3 Wasseruhren im Bereich Küche des Casinos (je 1x Kalt- und Warmwasser, 1x Weichwasser für große Spülmaschine) zur Verbrauchsermittlung.	2015	Z2

4 Das Umweltmanagementsystem (UmS) des StMUV

4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS

Unser Umweltmanagementsystem (UmS) basiert auf dem Grundgedanken, dass Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Prozessabläufe sich weitgehend vorhandener Strukturen (vorrangig Geschäftsverteilungsplan und Organigramm) bedienen sollen. Dies ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und hat den Vorzug, dass bei organisatorischen und personellen Änderungen i.d.R. keine Änderung der Systemelemente und -beschreibungen erforderlich wird. EMAS ist damit in der Gesamtorganisation des Ministeriums voll integriert.

4.2 Systemelemente des UmS

Für die einzelnen Systemelemente unseres UmS sind folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:

UmS-Element	Verantwortung
Umweltpolitik (Umweltleitlinien)	Staatsministerin
Umweltmanagement (Umweltmanagementvertreter)	Amtschef
Pflege und Dokumentation des UmS	Umweltmanagementbeauftragter
Teilaufgaben im Umweltmanagementsystem	Verantwortliche nach Matrix im Umweltmanagement-Handbuch
Umweltbetriebsprüfung	Umweltmanagementbeauftragter
Umwelterklärung	Staatsministerin

4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik i.S. von EMAS umfasst die umweltbezogenen Gesamtziele und Handlungsgrundsätze des StMUV, einschließlich der Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften und der Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umwelleistung. Eine aktuelle Formulierung unserer Umweltpolitik findet sich in Kapitel 2.

Umweltziele, umweltschutzfachliche Programme und Strategien

Die Umweltpolitik mündet u.a. in der Festlegung von Umweltzielen, die bezogen auf die „indirekten Umweltauswirkungen“ durch konkrete Maßnahmen in fachspezifischen Sonderprogrammen wie dem Umweltpakt Bayern sowie in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie unterlegt sind, und im Bereich der „direkten Umweltauswirkungen“ im Umweltprogramm 2015 ihren Niederschlag finden.

Umweltmanagementvertreter

Der Umweltmanagementvertreter (Amtschef) vertritt das UmS nach außen. Operationelle Teilaufgaben innerhalb des Systems sind entsprechend einer Verantwortungsmatrix im Umweltmanagement-Handbuch (UmHB) zugeordnet.

Ausgewählte operative Teilaufgaben im UmS

- Koordinierung, Controlling und Ansprechpartner

Die Erledigung von Teilaufgaben aus dem UmS wie beispielsweise die regelmäßige Datenerhebung, Datenbewertung, das Ziehen von Schlussfolgerungen aus den Daten, das Fertigen von Berichten, die Durchführung von internen und externen Prüfungen (Audits), der Entwurf von Programmen und Bilanzen erfordert eine Koordination und ein Controlling. Der UmB ist zuständig für die oberste Ebene der Koordination. Er erstellt Zeitpläne und überwacht die Einhaltung der Zeitpläne. Bei der Umsetzung wird er durch ein EMAS-Team unterstützt, das von ihm geleitet wird. Das EMAS-Team besteht aus den „Kordinatoren für die indirekten und direkten Umweltauswirkungen“, Beschäftigten aus den Bereichen „Innerer Dienstbetrieb“, „LuK“, „Bau“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Aus- und Fortbildung“ sowie einer Vertreterin des Personalrats.

Die Koordinatorin indirekte Umweltauswirkungen stimmt die wesentlichen Strategien und Programme ab und fordert entsprechende Beiträge aus dem Bereich indirekte Umweltauswirkungen (vorrangig Fachabteilungen) an und bereitet diese EMAS gerecht auf. Ergänzend hierzu stellt sie den Informationsfluss zum EMAS-Team sicher. Da die fachliche Zuständigkeitszuteilung gemäß Geschäftsverteilungsplan für die Schwerpunkte im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen direkt greift (Beeinflussbarkeit durch EMAS gering), werden die entsprechenden Strategien und Programme eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen fortgeschrieben. Die Entwicklung in den jeweiligen Themenfeldern werden durch die Umweltindikatoren gemessen und im Umweltbericht Bayern beschrieben.

Der Koordinator direkte Umweltauswirkungen bündelt die Aktivitäten im Bereich direkte Umweltauswirkungen. Hierzu gehören insbesondere:

- o Datensammlung und Bewertung für die jährlichen Bilanzen in den Einzelkonten
 - o Koordination der internen Audits in den Referaten Z2, Z4, Z5 und Z6
 - o Entwickeln von Umweltprogrammen (UP)
 - o Controlling der Einhaltung der Maßnahmen im UP
 - o Ansprechpartner für Verbesserungsvorschläge und Beschwerden bzgl. des direkten Bereichs
- Fachaufgaben im Bereich indirekte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Organisationszweck)

Im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen aus den fachlichen Aufgaben (Tätigkeiten des StMUV) werden die Aufgaben eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen erledigt.

Die indirekten Umweltauswirkungen des StMUV sind eng mit der Tätigkeit ressortexterner Akteure verknüpft, so dass positive indirekte Umweltauswirkungen des StMUV oft nur im Benehmen mit anderen Ressorts, Kommunen oder Partnern aus den gesellschaftlichen Gruppierungen erreicht werden können. Die Ressorts sind daher auch regelmäßig bei der Formulierung konkreter umweltpolitischer Ziele beteiligt und eingebunden.

- Fachaufgaben im Bereich direkte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Dienstbetrieb)

Das Umweltmanagement im Bereich der direkten Umweltauswirkungen bezieht sich auf den Dienstbetrieb, das Dienstgebäude sowie die durch Dienst- und Fortbildungsreisen und den Weg zur Arbeit bedingten Umweltauswirkungen. Der Bereich der direkten Umweltauswirkungen betrifft damit vorrangig den Aufgabenbereich der Abteilung „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen“ sowie sämtliche Beschäftigte als Nutzer von Dienstgebäude, Gebäudeeinrichtungen und Dienstreisende. In diesem Bereich werden in Anlehnung an unsere erste Umwelterklärung von 1997 folgende Konten betreut: Anlagegüter (Grundstücke und Bauten, Gebäudeanlagen), Technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geräteausstattung, Umlaufgüter (Papier, Büroartikel, Betriebsstoffe), Wasser und Abwasser (Trinkwasser, Kühlwasser, Abwasser), Energie (Strom, Fernwärme, Heizöl, Treibstoffe, Sonnenenergie), Abfälle und Verkehr (Dienst- und Fortbildungsreisen).

Darüber hinaus werden auch die umweltrelevanten Aufgabenbereiche Arbeitssicherheit und Lärmschutz, Gefahrstoffe und Unfallfolgen in der Abteilung Z wahrgenommen soweit sie das Dienstgebäude oder den Dienstbetrieb am Rosenkavalierplatz betreffen.

Kontenübergreifend ergeben sich aus dem UmS folgende einheitlichen Aufgabenbereiche:

- o Beschaffung
- o Wartung und Bestandsverwaltung
- o Entsorgung

Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten werden einheitlich folgende Grundsätze beachtet:

Beschaffung

Vor der Beschaffung steht die Bedarfsprüfung. Ist diese positiv abgeschlossen, erfolgt eine ökologische Bewertung unterschiedlicher Produkte und Güter. Grundsätzlich bevorzugt das StMUV Produkte aus Recyclingmaterialien oder nachwachsenden Rohstoffen, die umweltverträglich hergestellt wurden. Sie sollen sich zudem durch Langlebigkeit, Reparatur- und Wartungsfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichnen. Bei der Beschaffungspraxis orientieren sich die Beschaffungsstellen unter anderem an den „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“ des StMWi, am „Handbuch Umweltfreundliche Beschaffung“ des Umweltbundesamtes sowie Marktbeobachtungen der Beschaffer hinsichtlich der Umwelteigenschaften von Produkten.

Alle Beschaffer sollen auf die Produzenten und Lieferanten hinsichtlich ihres Umweltverhaltens einwirken.

Wartung und Bestandsverwaltung

Schon bei Auswahl von Produkten oder Planung von baulichen Maßnahmen sind die Gesichtspunkte der späteren Wartung zu berücksichtigen. Insofern ist enge Abstimmung der Beschaffer mit den für die Wartung beauftragten Beschäftigten notwendig. Für hochwertige Wirtschaftsgüter ist neben der Inventarisierung (aus den haushaltrechtlichen Vorgaben) das Erstellen von Wartungsplänen erforderlich. Zur Bestandsverwaltung wird

das elektronisches System BayIVS eingesetzt. In den Wartungs- und Betriebsanweisungen sind auch die Gesichtspunkte des Arbeits- und Unfallschutzes zu berücksichtigen. Bei Vergabe von Wartungsarbeiten an Dritte, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese sich umweltgerecht verhalten (insbesondere bzgl. der Art und Menge der eingesetzten Stoffe, der Wiederverwendung und Entsorgung von Anlagenteilen, der Entsorgung von Verpackungsmaterialien).

Zu den Wartungsarbeiten am Dienstgebäude gehört auch die Reinigung des Dienstgebäudes, die an Dritte vergeben ist.

Entsorgung

Oberstes Ziel des Abfallwirtschaftskonzepts ist es, Abfälle möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, sorgen das StMUV mit seinen Mitarbeitern für eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung der entstehenden Abfälle. Im Bereich des allgemeinen Dienstbetriebs tragen hierzu alle Beschäftigten durch folgende Maßnahmen bei: Sorgsamer Umgang mit Büroeinrichtungen und Gerätschaften, sparsamer Umgang mit Papier, Trennung von Altpapier von sonstigen Abfällen in den Büros. Abfalltrennung bei Entleerung der Abfallbehälter in den Teeküchen. Gesonderte Anforderungen bezogen auf die einzelnen Konten finden sich in der Anlage zum UmHB.

Rechtskonformität

Ein wesentliches Ziel von EMAS besteht in der "Sicherstellung der Rechtskonformität" der teilnehmenden Organisation. Das StMUV führt seinen Standort ein Verzeichnis, in dem die umweltrelevanten Rechtsvorschriften enthalten sind. Die Verantwortung zur Einhaltung und Umsetzung der standort- und dienstgebäudespezifischen Vorschriften obliegt den Organisationseinheiten, die nach GVPI mit den einschlägigen Aufgaben betraut sind.

Umweltbetriebsprüfung

Die Umweltbetriebsprüfung umfasst die regelmäßige Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung, Systembeschreibungen und Systemelemente zunächst durch interne Prüfer (interne Auditoren) und anschließend durch einen externen Umweltgutachter. Der UmB trifft in Absprache mit dem EMAS-Team die Festlegungen zur Umweltbetriebsprüfung, stellt jährlich einen Zeit- und Arbeitsplan auf. Der UmB fertigt mit Unterstützung des EMAS-Teams einen Prüfbericht über die internen Audits und legt diesen zur Kenntnisnahme und Entscheidung dem Umweltmanagementvertreter (Amtsleiter) vor.

Der externe Umweltgutachter erhält den Prüfbericht zu den internen Audits, führt stichprobenweise Prüfungen vor Ort und Gespräche mit Verantwortlichen im UmS durch und fasst seine Ergebnisse in einem Gutachterbericht zusammen.

5 Gültigkeitserklärung

Gültigkeitserklärung (Erklärung des Umweltgutachters)

Der
Umweltgutachter
Dipl.-Ing. Henning von Knobelsdorff
Mozartstraße 44
53115 Bonn

hat das Umweltmanagement-System, die Umwelleistungen, die Umweltbetriebsprüfung
und ihre Ergebnisse sowie die konsolidierte Umwelterklärung der obersten
Landesbehörde

**Bayerisches Staatsministerium
für Umwelt und Verbraucherschutz
StMUV**

**Rosenkavalierplatz 2
81925 München**

Registriernummer: DE-155-00237

mit dem NACE Code 84.1 „Öffentliche Verwaltung“ auf Übereinstimmung mit der Verordnung
(EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über
die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das
Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS III) geprüft und die vorliegende
Umwelterklärung für gültig erklärt.


Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der
Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die
Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der aktualisierten Umwelterklärung des o.b. Standortes mit 619
Mitarbeitern im begutachteten Bereich, ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild
sämtlicher Tätigkeiten des Standortes innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen
Bereiches geben.

Die nächste konsolidierte Umwelterklärung wird der Registrierstelle spätestens bis 12. Dezember
2018 vorgelegt. In den Jahr 2016 und 2017 werden geprüfte aktualisierte Umwelterklärungen
veröffentlicht.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-
Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009
erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der
Öffentlichkeit verwendet werden.

Bonn, den 11. Dezember 2015


Henning von Knobelsdorff
Umweltgutachter
DE-V-0090

Impressum und Ansprechpartner

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV, November 2015)

Hausadresse: Rosenkavalierplatz 2, 81925 München

Postfachadresse: Postfach 81 01 40, 81901 München

E-Mail: poststelle@stmuv.bayern.de

<http://www.stmuv.bayern.de>

Ansprechpartner bei Fragen oder Anregungen:

- zum Umweltmanagement im StMUV:

Johannes v. Mücke, Umweltmanagementbeauftragter, Leiter des EMAS-Teams;

Tel.: (089) 9214 – 3549; johannes.muecke@stmuv.bayern.de

- zum Bereich indirekte Umweltauswirkungen des StMUV:

Ulrike Pott, Tel: (089) 9214 – 3391, ulrike.pott@stmuv.bayern.de

- zum Bereich direkte Umweltauswirkungen des StMUV:

Kurt Boos, Tel: (089) 9214 – 2525; kurt.boos@stmuv.bayern.de

Bestellung von Veröffentlichungen:

<http://www.bestellen.bayern.de>

Allgemeine Fragen:

<http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/kontakt/index.htm>

Telefon (089) 9214 - 00

Fax (089) 9214 - 2266

EMAS-Team

Sabine Böttcher, Kurt Boos, Thomas Heider, Elisabeth Kowalski, Michael Möhnle, Johannes v. Mücke, Ulrike Pott